

16.05.2024

HAZ Stadt-Anzeiger West

Konflikt um Sanierungsgebiet Körtingsdorf spitzt sich zu



180 Hauseigentümer fordern in Badenstedt Rücknahme der bisherigen politischen Beschlüsse – und übergeben eine Petition

Von Katharina Kümpel

vor 6 Stunden

[Artikel anhören](#)

Badenstedt.

Seit Januar sind Teile des Körtingsdorfs im Stadtteil Badenstedt Sanierungsgebiet. Doch der Start des städtebaulichen Vorhabens wird überschattet vom Konflikt zwischen 180 Hausbesitzern und Hausbesitzerinnen, der Verwaltung und der Stadtpolitik. Die Eigentümer fordern die Rücknahme der bisherigen Beschlüsse von Stadtbezirksrat, Ausschüssen und insbesondere des Rates der Stadt, mit dem das Quartier als Sanierungsgebiet festgesetzt worden ist. Außerdem wollen sie eine transparente Bürgerbeteiligung vor der erneuten Festlegung eines

Sanierungsgebietes. Und die Eigentümer fürchten auch finanziellen Auswirkungen.

Was bisher geschah

Bis Ende des Jahres 2023 hatten die Verwaltung, der Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt und der Rat der Stadt drei Jahre lang mit vorbereitenden Untersuchungen und formellen Beschlüssen die Aufnahme des Bereichs in das Bund-Länder-Programm „Sozialer Zusammenhalt“ vorbereitet und beschlossen. Doch viele Grundstückseigentümer wehren sich gegen das Vorhaben, seit sie Ende 2023 in der Dokumentation der Verwaltung gelesen haben, dass sie angeblich in einem Gebiet mit „besonderem sozialen Handlungsbedarf“ leben. Sie wiederum sehen im Alltag keine „soziale Herausforderungen“. Sie fühlen sich bislang nicht in das Verfahren einbezogen und können nicht verstehen, warum in den Verwaltungsvorlagen für die politischen Beschlüsse keine Hinweise auf die Ausgleichsbeträge auftauchen, die sie nach Abschluss der Vorhaben bezahlen sollen, kritisiert die Bürgerinitiative „Sanierungsgebiet Körtingsdorf“.

Auch den Zuschnitt des Sanierungsgebietes kritisieren Anwohner. Bereits die erste Informationsveranstaltung der Verwaltung Anfang April war in einer angespannten Stimmung verlaufen. Nach der Übergabe einer Petition während eines Treffens mit Vertretern der Bürgerinitiative, der Stadt und dem Stadtbezirksbürgermeister war die nächste Eskalationsstufe erreicht.

Die Unterschriftenliste mit ihren Argumenten hatte die Bürgerinitiative „Sanierungsgebiet Körtingsdorf“ der Verwaltung bei einem Gespräch übergeben, an dem auch Rolf Schulz, SPD-Bürgermeister des Stadtbezirks, teilgenommen hat. Zu den Forderungen der Grundstückseigentümer zählt auch der Verzicht auf einen Sanierungsvermerk für ihre Grundstücke im Grundbuch und die freie Wahl, ob sie Teil des Sanierungsgebietes sein wollen oder nicht. Ab Mitte Mai will die Initiative zweimal wöchentlich einen Infostand in der Petermannstraße aufstellen, um Anwohner zu beraten, die bereits ein Schreiben zum Eintrag in das Grundbuch erhalten haben.

Ohne Satzung keine Fördermittel

Der Rat der Stadt Hannover könnte seinen Beschluss zur Festsetzung der Sanierungssatzung rückgängig machen, wie Stadtsprecherin Janine Herrmann sagt. Doch das hätte Folgen: Die Landeshauptstadt würde dann „auf die Städtebaufördermittel von etwa 10,6 Millionen Euro verzichten“, wie

Hermann erläutert. Und für bereits geförderte Projekte aus dem Vorhaben müsste die Stadt „gegebenenfalls“ die Gelder zurückzahlen.